



Abweisungsbeschluss sofortige Beschwerde

In dem Verfahren

— Antragsteller, —

gegen

Bundesvorstand der Piratenpartei Deutschland

Pflugstr. 9a

10115 Berlin

vorstand@piratenpartei.de

— Antragsgegner, —

Aktenzeichen SGdL-07-21-EA-SB,

wird beantragt festzustellen,

1. dass den Kassenprüfern alle Vorgänge über das rechtliche Verfahren P-Shop, die während der Amtszeit des Kassenprüferteams 2019-2021 begonnen, fortgesetzt oder beendet wurden oder anhängig sind, zur Überprüfung der finanziellen Aspekte vollständig zu übergeben,
2. und dem Bundesvorstand zu untersagen Unterlagen zu Vorgängen den P-Shop betreffend, nicht an andere Personen zu übergeben,

hat die 1. Kammer des Schiedsgericht der Länder (SGdL) der Piratenpartei Deutschland durch die Richter Stefan Lorenz, Wolfgang Dudda, Dominique Reinoß und Vladimir Dragnić durch seine Sitzung am 14.07.2021 entschieden:

1. **Der Antrag der sofortigen Beschwerde wird abgewiesen.**
2. Das Verfahren behält das Aktenzeichen **SGdL-07-21-EA-SB**, welches bei jeglicher Kommunikation in diesem Verfahren mit anzugeben ist. Jegliches Schreiben ist nur an **anrufung@sgdl.piratenpartei.de** zu richten und nicht an einzelne Richter. Obligatorisch kann in der Betreffzeile noch die Ticket-Nr. #102425 angegeben werden.
3. Nach § 11 Abs. 1 Satz 1 SGO i.V.m. dem aktuellen Geschäftsverteilungsplan des Schiedsgerichts der Länder, wird sich die 1. Kammer, bestehend aus den Richtern Stefan Lorenz, Wolfgang Dudda, Dominique Reinoß und Vladimir Dragnić mit dem Antrag befassen.
4. Dem Antrag auf Besorgnis der Befangenheit vom Antragstellenden wird abgelehnt.

– 1 / 9 –

Die 1. Kammer des Schiedsgericht der Länder der Piratenpartei Deutschland wird vertreten durch:

Melano
Gärtner

1. Kammer Vorsitzender

Dominique
Reinoß

Richter

Wolfgang
Dudda

Richter

Vladimir
Dragnić

Richter

Stefan
Lorenz

Richter



5. Dem Antrag auf Besorgnis der Befangenheit mittels des Selbstbefangenheitsantrags von Richter Gärtner wird stattgegeben und Richter Gärtner aus dem Verfahren **SGdL-07-21-EA-SB** ausgeschlossen.
6. Der Richter Melano Gärtner wird nach § 11 Abs. 7 i.V.m § 12 Abs. 7 SGO den in diesem Verfahren gefassten Beschluss in Vertretung für den Spruchkörper unterzeichnen.

I. Sachverhalt

Am 14.05.2021 reicht der Antragstellende erstmalig seinen Antrag in der Bundesgeschäftsstelle (BGS) per E-Mail direkt an die Emailadresse von **■ Bundesgeschäftsstelle ■** und nicht an die Mailadresse der Bundesgeschäftsstelle [geschaeftsstelle@piratenpartei.de] und zusätzlich per Post an die BGS ein. Am 07.06.2021 wendet sich der Antragstellende direkt an das Schiedsgericht der Länder (SGdL) mit seinem Antrag bzw. Anträgen per E-Mail. Auch erst ab diesen Zeitpunkt erlangte das SGdL davon Kenntnis, dass bereits am 14.05.2021 eine Einreichung von Anträgen an die BGS erfolgt ist und dieses sich fristwährend auswirkt.

Der Antragstellende beantragt sinngemäß:

1. dass den Kassenprüfern alle Vorgänge über das rechtliche Verfahren P-Shop, die während der Amtszeit des Kassenprüferteams 2019-2021 begonnen, fortgesetzt oder beendet wurden oder anhängig sind, zur Überprüfung der finanziellen Aspekte vollständig zu übergeben,
2. und dem Bundesvorstand zu untersagen Unterlagen zu Vorgängen den P-Shop betreffend, nicht an andere Personen zu übergeben.

Am gleichen Tag wurde der Bundesvorstand darüber informiert, dass beim SGdL ein Antrag auf einstweilige Anordnung vorliegt, § 11 Abs. 3 S. 1. Halbsatz SGO¹. Am 16.06.2021 wurden die Verfahrensbeteiligten nach § 11 Abs. 3 S. 2 SGO dahingehend über die Ablehnung des Antrags durch Beschluss SGdL07-21-EA² informiert. Am 19.06.2021 reicht der Antragstellende eine fünfseitige sofortige Beschwerde beim SGdL ein, inklusive einem Befangenheitsantrag gegenüber dem gesamten Spruchkörper. Die darin enthaltene formale und inhaltliche Begründung war dermaßen fehlgeleitet, dass sich das SGdL zu einer ebenfalls ausführlichen Richtigstellung genötigt sah und diese per E-Mail dem Antragstellenden am 23.06.2021 zukommen ließ. Zusätzlich wies es den Antragstellenden darauf hin, dass seine sofortige Beschwerde nicht dem § 8 Abs. 3 in allen 4 Punkten entspricht und der Befangenheitsantrag gegenüber einer ganzen Kammer schon nicht statthaft ist. Dem Antragstellenden wurde daher eine Frist bis zum 02.07.2021 gegeben, um seinen Antrag erneut einzureichen.

¹SGO, § 11 Abs. 3 S. 1 - Informationspflicht gegenüber Antragsgegner

²Abweisungsbeschluss, SGdL07-21-EA



Zwischenzeitlich wurde die BGS darum gebeten, dass ausnahmsweise die Originalunterlagen der sofortigen Beschwerde an den Vorsitzenden Richter des SGdL zugeschickt wird, zur Einpflege in die Papierakte. Diese Unterlagen sind am 24.06.2021 im Briefkasten vorgefunden worden und nach Durchsicht als identisch mit dem vorab erhaltenen Scan der an das SGdL geschickten Unterlagen bestätigt worden.

Am 28.06.2021 reichte der Antragstellende seinen Antrag erneut ein. Diesmal mit einem dezidierten Befangenheitsantrag gegen einen Richter und nicht mehr der ganzen Kammer. Am 29.06.2021 wies der Antragstellende das Gericht darauf hin, dass der im Befangenheitsantrag benannte Richter in einem anderen Verfahren die Verfahrensbeteiligten über eine wohl mögliche Selbstbefangenheit informiert hatte.

Am 01.07.2021 informierte der Vorsitzende des SGdL die Verfahrensbeteiligten über die dienstliche Stellungnahme zum Befangenheitsantrag des Antragstellenden und den Selbstbefangenheitsantrag von Richter Gärtner. Für abschließende Stellungnahmen der Verfahrensbeteiligten räumte das Gericht eine Frist bis zum 10.07.2021 ein. Am gleichen Tag reichte der Antragstellende eine weitere Beschwerde beim Gericht ein.

Auf der Sitzung am 07.07.2021 ist der Richter Dudda krankheitsbedingt entschuldigt ausgefallen. Da bei den übrigen Richtern aber noch Beratungsbedarf bestand, wurden die Befangenheitsanträge und sonstigen Beschlüsse auf die nächste Sitzung am 14.07.2021 verschoben.

Bis zum Ende der Frist hatte sich der Bundesvorstand als maßgeblicher Verfahrensgegner nicht zu den Befangenheitsanträgen geäußert.

II. Begründetheit

Der Antrag ist unbegründet.

Das Schiedsgericht der Länder ist als erstinstanzliches Beschwerdegericht zuständig, § 13a Abs. 1 2. Halbsatz SGO.

1.

Schon mit der ersten E-Mail vom 19.06.2021 nimmt der Antragstellende nur marginal Bezug zum Abweisungsbeschluss SGdL-07-21-EA. Vielmehr stellt der Antragstellende formale und inhaltliche Fehler in den Raum, welche in einer recht umfangreichen Stellungnahme seitens des Gerichts alle richtig gestellt oder widerlegt wurden. Schlussendlich entscheidet sich das Gericht dafür, das vom Antragstellenden als sofortige Beschwerde bezeichnete Schreiben als Beschwerde von Seiten des Antragstellers als Austausch von Rechtsmeinungen und Richtigstellungen von Seiten des Gerichts anzusehen und nicht als Anträge. Selbstverständlich wurde dem Antragstellenden auch hier eine Nachbesserungsfrist eingeräumt.



2. Nachgebesserter Antrag

Mit E-Mail vom 28.06.2021 reichte der Antragstellende abermals seinen Antrag beim SGdL ein. Im ersten Absatz monierte der Antragstellende schon die Rückgabe zur Nachbesserung des Antrags. Auch wenn von Nr. 2 der 4 Nummern aus § 8 Abs. 3 SGO abgesehen wird, erkennt das Gericht in dem Fünfsseitigen Schreiben des Antragstellenden den ein oder anderen Antrag, dieser ist aber noch weit von der in Nr. 3 geforderten - **klare, eindeutige Anträge** - Form entfernt. Auch eine sofortige Beschwerde ist eine Anrufung und unterliegt daher dem § 8 SGO. Die Begrifflichkeit „**Klageerhebung**“, findet man im benannten Paragraphen nicht. Im gleichen Absatz wurde auch erstmalig dem SGdL im Vorfeld unterstellt, es wollte der sofortigen Beschwerde nicht stattgeben und man sollte es gleich dem BSG vorlegen, ohne dass im Bezug zur sofortigen Beschwerde auch nur eine Entscheidung von Seiten des Gerichts gefasst wurde. Noch liefen die Fristen für Stellungnahmen zu den Befangenheitsanträgen.

Auf diesen ersten Absatz folgen weitere 14 Punkte, die vom Inhalt her in Teilen schon mehrfach an anderer Stelle hinreichend geklärt wurden, aber der Nachvollziehbarkeit halber nachfolgend eine grobe Einlassung zu den aus Sicht des Gerichts verwertbaren Punkten.

a. Punkt 1

In Punkt 1 stellt der Antragstellende klar, dass es sich bei seinem ursprünglichen Antrag SGdL-07-21-EA um zwei Anträge in einem handelte. Das eine sei ein Antrag für eine Hauptverhandlung und das zweite ein Antrag auf einstweilige Anordnung. Wie auch im Eröffnungsbeschluss SGdL-07-21-H³ zu lesen ist, führte diese Art des Antrags zu Irritationen im gesamten Spruchkörper.

b. Punkt 2

In Punkt 2 verwechselt der Antragstellende, dass im Verfahren zu einer einstweiligen Anordnung kein Berichterstatter bestimmt wird, dies sieht die SGO nicht vor. Allerdings muss sich die ganze 1. Kammer an der Stelle selbst bescheinigen, keine zwei Anträge aus dem Schreiben vom 07.06.2021 erkannt zu haben. Dies passierte erst mit der eindeutigen Darlegung in Punkt 1. Da von Seiten des Gerichts in dem Bezug aber eine Heilung möglich war, beschloss das SGdL auf seiner Sitzung am 01.07.2021 das Hauptverfahren SGdL-07-21-H zu eröffnen.

c. Punkt 3

In Punkt 3 versucht der Antragstellende weiterhin zu rechtfertigen, wieso das SGdL seine E-Mails vom 14.05.2021 bekommen haben muss, auch wenn nach einheitlicher Aussage des ganzen SGdL, der Leitung des Bundesgeschäftsstelle und eines Bundesvorstandsmitglieds die Weiterleitung der ursprüngliche Klageschrift vom 14.05.2021 durch die Bundesgeschäftsstelle schlicht und einfach schief lief und in ein falsches Projekt in Redmine gelangte und so dem SGdL nicht zur Kenntnis gelangte beziehungsweise gelangen konnte, da das SGdL auf dieses Projekt keinen Zugriff besitzt. Nachdem der Umstand dem SGdL bekannt wurde, was durch E-Mails des Antragstellenden vom 07.06.2021 passierte, hat das Gericht unabhängig eigene Recherchen betrieben, um den Verbleib dieser Unterlagen zu eruieren. Schnell stellte sich heraus, dass bei der Weiterleitung die E-Mails in das Projekt BuVo 14 gelangt wa-

³Eröffnungsbeschluss, SGdL-07-21-H



ren, mit den Ticketnummern #91072 und #91076 und dort auch immer noch sind. Diese Informationen wurden dem Antragstellenden im gleichen Umfang wie es das Gericht auch hatte, weitergeleitet. Damit hat das Gericht nach eigener Ansicht dem Ganzen genügend Aufklärungsspielraum gegeben und muss dem Antragstellenden nichts weiter beweisen.

d. Punkt 4

In Punkt 4 geht der Antragstellende abermals auf die Zustelladresse ein und die Zusendung der Klageschrift in Papierform an die BGS.

Neben der elektronischen Zusendung dieser Unterlagen per Scan ist ebenso eine Weiterleitung dieser Unterlagen per Briefpost möglich [Auszug aus dem Begründungstext, Punkt 4, a), vom 28.06.2021].

Es scheint ein verbreiteter Irrglaube zu sein, dass postalisch an eine Geschäftsstelle gesandte Unterlagen weiter an die Privatadresse eines am Schiedsgericht tätigen Richters oder Richterin weitergeleitet werden müsste. Eingesandte postalische Unterlagen werden in der Regel auch nur digitalisiert und per E-Mail weitergeleitet.

Als Vorsitzender Richter des SGdL gehört es zu seinen originären Aufgaben dafür zu sorgen, dass die Verwaltung des SGdL und die Verfahren innerhalb des SGdL einwandfrei verlaufen. Richter Melano Gärtner kann sich als Vorsitzender Richter nicht darauf berufen, dass der Geschäftsablauf innerhalb des SGdL nicht gesetzeskonform und gemäß der Satzung verläuft. Wenn er als Vorsitzender Richter sich mit dem Beklagten einer Fehlfunktion innerhalb des Geschäftsablaufes des SGdL begnügt, also nicht aktiv und nachhaltig für einen reibungslosen Funktion innerhalb des Geschäftsbetriebes des SGdL sorgt, setzt er sich dem Vorwurf einer groben Pflichtverletzung aus [Auszug aus dem Begründungstext, Punkt 4 b), vom 28.06.2021].

Die Aufgaben und dessen Umfang, was ein Vorsitzender zu machen hat, ist recht individuell geregelt an den einzelnen Schiedsgerichten, falls es die Schiedsgerichtsordnung nicht sowieso schon vorab regelt. Es scheint ebenfalls ein verbreiteter Irrglaube zu sein, dass ein Gericht Kenntnis über Vorgänge in einer Geschäftsstelle haben müsste. Ein Schiedsgericht erhält erst dann Kenntnis von eingereichten Unterlagen, wenn die entsprechende Stelle sich beim Schiedsgericht meldet und spätestens bei Landesgeschäftsstellen kann dies Zeit in Anspruch nehmen, da die Post in vielen Fällen eher sporadisch überprüft wird. Es ist dem Gericht daher nicht ersichtlich, woher der Antragstellende die Behauptung nimmt, am SGdL würde nicht satzungskonform gearbeitet werden.

e. Punkt 5

Punkt 5 wurde inhaltlich hier bereits bei der Kommentierung zu Punkt 3 behandelt und beantwortet.



f. Punkt 6

In Punkt 6 rügt der Antragstellende abermals die Besetzung der 1. Kammer in diesem Verfahren. Wie auch schon an anderer Stelle klargestellt wurde, sind die gewählten Nachrücker für die Richter für das Schiedsgericht der Länder⁴ **keine** Art Ersatzrichter. Das Konzept der Ersatzrichter wurde schon 2019 aus der SGO gestrichen und die Nachrücker ersetzen den gewählten Richter oder die Richterin nur durch Rücktritt, Austritt oder Tod, aber nicht bei krankheits- oder urlaubsbedingtem Ausfall. So und nicht anders war die Intention der Satzungsgeber⁵ und so wurde es auch auf der SG Marina und den Arbeitstreffen kommuniziert. Der § 4 Abs. 2 SGO ist somit nicht mehr anwendbar, da es an dem Posten des Ersatzrichters mangelt. Der Satzungsgeber hat beim Streichen der Ersatzrichter aus der SGO entsprechend den § 4 Abs. 2 SGO vergessen umzuformulieren, anzupassen oder gar zu streichen. Von daher kann man weiterhin nicht von einem Versäumnis seitens des SGdL reden, da es kein Versäumnis in der Besetzung der 1. Kammer in diesem Verfahren gab oder gibt.

g. Punkt 7

In Punkt 7 wird abermals auf die Zustellung in der BGS eingegangen. Zusätzlich werden Aussagen so verdreht wie sie nie getätigt wurden. Es ist Fakt: Die BGS ist nicht das SGdL. Die BGS ist auch nicht das BSG oder eine sonstige Landesgeschäftsstelle ist nicht das entsprechende Landesschiedsgericht. Ebenso ist es Fakt, die SGO sagt dies in § 8 Abs. 2 Satz 1, die Anrufung wird beim Gericht eingereicht. Womit wir zum ersten Fakt zurück kommen, eine Geschäftsstelle ist nicht das Schiedsgericht. Satz 2 von Abs. 2 sagt lediglich aus, dass das Einsenden an eine Geschäftsstelle fristwährend ist und nichts anderes. Eine Ablehnung wegen Fristversäumnis stand aber nie im Raum, es wurde sogar im Ablehnungsbeschluss SGdL-07-21-EA explizit darauf hingewiesen, dass deswegen keine Ablehnung stattfand. Damit bleibt abschließend festzustellen, dass der Antragsteller die falsche bzw. für das SGdL nicht für Anrufungen vorgesehene Mailadresse verwendet hat.

h. Punkt 8

Inhalte von Punkt 8 wurden hinlänglich bereits unter Punkt 4 thematisiert.

i. Punkt 9

In Punkt 9 wird abermals darauf angespielt, dass die im Antrag aufgeführten unterschiedlichen Anträge deutlich formuliert waren. Inhaltlich wurde unter Punkt 2 bereits darauf eingegangen. Nach Ansicht des Gerichts war im Antrag nichts ausreichend konkret formuliert worden.

j. Punkt 10

In Punkt 10 wird abermals von der Zusendung von Post an die BGS gesprochen, wo sich der Antragstellende in Unerheblichkeiten verliert und das in nur zwei Sätzen.

⁴Personen am SGdL, Liste der Richter/Richterinnen und deren evtl. Nachrücker

⁵BPT19.2, SÄA 10



k. Punkt 11

In Punkt 11 wird über die Klageberechtigung gesprochen und über Teile des Antrags zur einstweiligen Anordnung und erstmalig etwas, was das Gericht für eine Begründung zur sofortigen Beschwerde hält.

l. Punkt 12

Unter Punkt 12 moniert der Antragstellende den Begründungstenor des Abweisungsbeschlusses SGdL-07-21-EA bezüglich der Aussage der möglicherweise Statthaftigkeit. Das Gericht hat in seinem Beschluss dargelegt, wieso eine einstweilige Anordnung nicht mehr in Frage kommt. In einem Hauptverfahren zu der gleichen Fragestellung sähe die Sachlage möglicherweise anders aus, daher wohl auch die Aussage möglicherweise statthaft.

m. Punkt 13

In Punkt 13 widerspricht das Gericht dem Inhalt des Antragstellenden insoweit, als dass im Antrag zur einstweiligen Anordnung mehrfach die Amtszeit 2019-21 nur gemeint sein kann und sofern der Antrag bereits am 14.05.2021 beim SGdL gelegen hätte, auch nur die aktuelle Amtszeit hätte heran gezogen werden können. Ein hätte sein können ist für eine derartige Anordnung aber nur maginal von Relevanz, da sie sich möglichst auf das Ist bezieht sollte.

n. Punkt 14

In Punkt 14 wird schlussendlich die Besorgnis der Befangenheit auf Richter Gärtner reduziert. Den Inhalt sieht das Gericht weitestgehend als unbegründet, ja sogar fehlerhaft an. Auf einen besonderen Fehler des Antragstellenden will das Gericht aber noch dezidiert eingehen. Es gab von Seiten des Spruchkörpers keine Schuldzuweisungen oder dergleichen, sondern Richtigstellungen zu Falschaussagen und Darstellungen. Woran es liegt, dass der Antragstellende diese Klarstellungen als Schuldzuweisungen an seine Person sieht, kann das Gericht nicht ergründen. Allerdings sind Aussagen nicht von nur einer Person getroffen worden, es war die Aussage der Spruchkammer.

Am Ende konnte die nachgebesserte sofortige Beschwerde das Gericht nicht überzeugen, der einstweiligen Anordnung stattzugeben. Inhaltlich hat sich der Antragstellende mit schon längst geklärten und/oder an anderer Stelle klargestellten Dingen befasst, als mit Inhalten zu seinem ursprünglichen Antrag und dem Ablehnungsbeschluss. Von einem vorangegangenen Absatz und 14 darauf folgenden Punkten waren es im Höchstall drei Punkte, die von Seiten des Gerichts würdigungswert erschienen. Einer dieser Punkte war der Befangenheitsantrag gegen Richter Gärtner, der auch nach Satzung entsprechend behandelt wurde.

III. Selbstbefangenheitsantrag Richter Gärtner

Ein angekündigtes und bereit in die Wege geleitetes strafrechtliches Vorgehen von Seiten des betroffenen Richters gegenüber dem Antragstellenden ist ein berechtigter Einwand, um sagen zu können, dass die Neutralität eines Richters gegenüber dem Antragstellenden zurecht in Frage gestellt werden



kann und muss. Daher war nach § 5 Abs. 2 S. 3 SGO zu handeln und die Verfahrensbeteiligten darüber zu informieren.

IV. Rechtsmittel- / Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen die Ablehnung unter Punkt 1 ist die Berufung zulässig, welche binnen zwei Wochen beim Berufungsgericht einzulegen ist, § 13a Abs. 3 2. Halbsatz i.V.m. § 13a Abs. 4 S. 1 SGO.

Die Berufung ist einzureichen bei:

Piratenpartei Deutschland
Bundesschiedsgericht
Bundesgeschäftsstelle
Pflugstraße 9a
10115 Berlin (Mitte)
anrufung@bsg.piratenpartei.de

Gegen die Ablehnung des Befangenheitsantrags in Punkt 4 des Beschlusses kann nach § 5 Abs. 6 S. 2 SGO sofortige Beschwerde eingelegt werden, die binnen zwei Wochen nach § 13a Abs. 1 SGO bei dem Gericht eingelegt werden muss, dessen Entscheidung angefochten wird. Die sofortige Beschwerde ist vorrangig per E-Mail bei:

Piratenpartei Deutschland
Schiedsgericht der Länder
Bundesgeschäftsstelle
Pflugstraße 9a
10115 Berlin (Mitte)
anrufung@bsg.piratenpartei.de einzureichen.

Gegen die Punkte 2 bis 3 und 5 bis 6 sieht die Schiedsgerichtsordnung keinen Widerspruch vor.



**PIRATEN
PARTEI**

Piratenpartei Deutschland
Schiedsgericht der Länder
Bundesgeschäftsstelle
Pflugstraße 9a 10115 Berlin
anrufung@sgdl.piratenpartei.de
BRD, den **14.07.2021**
AZ: **SGdL-07-21-EA-SB**

V. Rechtliche Hinweise

Im Sinne des § 14 SGO⁶, wird neben der digitalen Verfahrensakte im Redmine zusätzlich eine mindestens gleichwertige (Kopie) nicht digitale Verfahrensakte am Gericht geführt. Diese unterliegt ebenfalls im vollen Umfang dem § 14 SGO.

Wolfgang
Dudda

Stefan
Lorenz

Vladimir
Dragnić

Dominique
Reinoß

Melano Gärtner
Zeichnungs-
bevollmächtigter

⁶Schiedsgerichtsordnung, § 14 Dokumentation

Die 1. Kammer des Schiedsgericht der Länder der Piratenpartei Deutschland wird vertreten durch:

Melano
Gärtner

1. Kammer Vorsitzender

Dominique
Reinoß

Richter

Wolfgang
Dudda

Richter

Vladimir
Dragnić

Richter

Stefan
Lorenz

Richter